



✓ Bildrechte: dpa-Bildfunk/Michael Bahlo

🔊 Audiobeitrag

27.11.2025, 07:57 Uhr

🏠 > Wirtschaft > **Verdi und DGB warnen vor AfD-Kurs der Familienunternehmer**

Verdi und DGB warnen vor AfD-Kurs der Familienunternehmer

Heftige Kritik am Verband der Familienunternehmer nach der Aufhebung des "Kontaktverbots" zu AfD-Bundestagsabgeordneten: Gewerkschaftsvertreter fordern ihre Mitgliedsunternehmen auf, sich klar gegen die AfD zu positionieren.

Von  BR24 Redaktion

Über dieses Thema berichtet: Bayern-2-Nachrichten am 27.11.2025 um 07:00 Uhr.

Nachdem der Verband der Familienunternehmer sich für Gespräche mit der AfD geöffnet hat, kommt heftige Kritik von Gewerkschaftsvertretern. Verdi-Chef Frank Werneke fordert Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände auf, sich klar gegen die AfD zu positionieren.

- Zum Artikel: Reden oder abgrenzen? Die bayerische Wirtschaft und die AfD

Verdi-Chef verweist auf historische Parallelen

Der Verband der Familienunternehmer unter Präsidentin Marie-Christine Ostermann drohe "endgültig nach rechts abzudriften", sagte Werneke den Zeitungen der Funke-Mediengruppe. "Die Geschichte mahnt, wie wichtig eine klare Abgrenzung der Wirtschaft gegenüber Rechtsextremen ist." Er verwies dabei auf historische Parallelen zur Unterstützung der NSDAP durch Industrielle im Jahr 1933. "Also: Wehret den Anfängen!", sagte er.

Auch Anja Piel aus dem Vorstand des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) forderte die Mitgliedsunternehmen des Verbands auf, sich klar hinter die Brandmauer zur AfD zu stellen. Den Funke-Zeitungen sagte sie, deren Einreißen "nach rechts" gefährde Demokratie, internationales Ansehen und Wirtschaftsstandort. Demnach erschwere die Abschottungspolitik der AfD die Fachkräftesicherung erheblich und bedrohe die Arbeitsfähigkeit etwa von Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen. Unternehmerfamilien stünden zudem in einer besonderen historischen Verantwortung, sagte sie mit Blick auf Verstrickungen deutscher Unternehmen in der NS-Zeit.

Erstmals AfD-Vertreter bei Verbandsveranstaltung eingeladen

Auslöser der Debatte war ein Parlamentarischer Abend des Verbands im Oktober, zu dem erstmals auch AfD-Vertreter eingeladen wurden. Ostermann sagte dem "Handelsblatt" (*externer Link; möglicherweise Bezahl-Inhalt*), das "Kontaktverbot" zu AfD-Bundestagsabgeordneten sei aufgehoben worden. In der Folge kündigten die Drogeriekette Rossmann und der Hausgerätehersteller Vorwerk ihre Mitgliedschaften im Verband.

Der Verband verteidigte seinen Kurs. Mit Andersdenkenden zu diskutieren, heiße nicht, deren Positionen zu akzeptieren, sagte Ostermann. Zugleich wolle man keine Regierung mit AfD-Beteiligung, denn deren Weltbild passe nicht zur freiheitlichen und marktwirtschaftlichen Grundüberzeugung des Verbands.

Mit Informationen von dpa